

Potsdam, 26. April 2026

Deine Zukunft. Dein Brandenburg.

Brief der Teilnehmenden
des 1. Parlamentarischen Jugendforums



Brief-Kapitel 1

zum Thema: „Bushaltestelle, Tanke oder doch der Jugendklub“

Jugendliche müssen als fester Bestandteil der Gesellschaft wahrgenommen und respektiert werden, nicht nur wenn die finanziellen und sozialen Gegebenheiten es ermöglichen. Wir wollen ernst genommen werden, in unserer Vielfalt. Dafür brauchen Jugendliche Orte, Beteiligungsmöglichkeiten und einen fairen und generationsübergreifenden Meinungsaustausch.

Jugendorte

Angebote und Orte von privaten oder öffentlichen Institutionen für Jugendliche sollen auch in Zusammenarbeit mit Jugendlichen gestaltet werden.

Förderung für Jugendorte sollen erhalten und ausgebaut werden, zum Beispiel durch infrastrukturelle und Fachkräfteprogramme, sowie Ehrenamtsförderungen. Der Landesjugendplan darf nicht gekürzt werden.

Beteiligungsverfahren

Geförderte Projekte, die von Jugendlichen initiiert werden, dürfen nicht nachträglich durch den dazugehörigen Träger, egal ob öffentlich oder privat, beeinflusst oder kontrolliert werden.

Eine offizielle Einrichtung dauerhaften Bestandes, die als beratendes Beteiligungsformat fungiert und auch ein reales Mitspracherecht in allen Themen hat, entsprechend §11 Absatz 2 BbgKJG, soll entstehen. Dieses Beteiligungsformat besteht aus Jugendlichen, die die Interessen junger Menschen des Bundeslandes Brandenburg vertreten. Diese sollen divers sein und alle Landkreise repräsentieren. Die Jugendbeteiligungsmöglichkeiten laut §19 BbgKVerf sollen ausgeschöpft werden. Dessen Umsetzung soll durch Kontrollinstanzen des Landes auf kommunaler Ebene überwacht werden, durch das Innenministerium.

Generationengerechtigkeit/ Diversität

Es sollen Möglichkeiten zum Austausch geschaffen werden, damit sich Jugendliche vernetzen und miteinander in einem sachlichen Diskurs gehen können. Formate und Umsetzung kann themenbezogen sehr unterschiedlich sein. Dabei sollten die Herkunft, Religion, persönliche Voraussetzung, das Geschlecht, der Bildungshintergrund und die politischen Ausrichtungen, keine Rolle spielen. Dieser Austausch soll auch generationsübergreifend, vor allem mit Abgeordneten, unter den gleichen Bedingungen stattfinden.

Allgemeine Hinweise zum Dialog zwischen Jugend und Politik

In Dialogformaten wünschen wir uns konkretere und direktere Antworten von den Abgeordneten/ der Politik.

Statt schwammige Antworten, allgemeine Aussagen und Ablenkungen vom eigentlichen Inhalt der Frage wünschen wir uns Ehrlichkeit. Dabei ist uns ein Eingeständnis zu Unwissenheit lieber als leere Floskeln. Es ist durchaus legitim sich erst zu informieren und sich in Themen einzuarbeiten.

Brief-Kapitel 2

zum Thema: „Ich muss los, der Bus fährt“

Der Zug muss kommen, aber wie?

In Brandenburg gibt es bereits rund 2.500 Kilometer Schienennetz. Doch das allein reicht nicht aus. Als Flächenland muss sich Brandenburg an die besonderen Anforderungen des ländlichen Raums anpassen. Bereits heute zeigt sich, dass die NEB (Niederbarnimer Eisenbahngesellschaft) eingleisige Strecken erfolgreich reaktiviert und damit den Menschen im Osten Brandenburgs eine attraktive Alternative zur Fortbewegung bietet. Das Angebot wird gut angenommen und kontinuierlich erweitert.

Daher fordern wir: Setzen Sie sich für die Reaktivierung von Eisenbahnstrecken im ländlichen Raum ein, sobald ein Eisenbahnverkehrsunternehmen (EVU) Interesse daran bekundet, und vereinfachen Sie die entsprechenden Verfahren.

Insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es entscheidend, ihr Ziel mit öffentlichen Verkehrsmitteln zuverlässig und zügig zu erreichen. In der Metropolregion funktioniert dies weitgehend gut, doch außerhalb des Berliner Außenrings sind viele Menschen bereits abgehängt. Fahrten in die Hauptstadt sind häufig mit zahlreichen Umstiegen verbunden – ein Umstand, der weder attraktiv noch zielführend ist, solange diese Umstiege nicht verlässlich funktionieren.

Busse sollten im Zweifel auf verspätete Züge warten können. Umgekehrt ist dies aufgrund der begrenzten Kapazitäten der Schieneninfrastruktur meist nicht möglich, weshalb ausreichend Pufferzeiten bei Umstiegen eingeplant werden müssen. Zudem gilt: Wenn ein Umstieg vorgesehen ist, der für mobilitätseingeschränkte Personen nicht bewältigbar ist, reicht es nicht aus, lediglich den Anschluss auf den nächsten Zug zu verschieben. Jeder geplante Umstieg muss für alle Fahrgäste machbar sein – auch unter Berücksichtigung möglicher Verspätungen im Busverkehr in einem gewissen Rahmen.

Gleichzeitig ist das bestehende Netz noch stark sternförmig auf Berlin ausgerichtet. Diese Struktur stößt zunehmend an ihre Grenzen. Perspektivisch sollte sich das Netz hin zu einer stärker verknüpften, „spinnennetzartigen“ Struktur entwickeln. Durch zusätzliche Querverbindungen zwischen den Regionen entstehen mehr direkte Verbindungen, bessere Ausweichmöglichkeiten bei Störungen und insgesamt ein deutlich robusteres und attraktiveres Angebot für die Fahrgäste. Ab 20.00 Uhr sollen Frauen die erste Klasse zum Normaltarif nutzen dürfen, um das Sicherheitsgefühl zu steigern und einen geschützteren Rückzugsraum zu haben.

Busverkehr im ländlichen Raum

Im weiten, ländlichen Raum des Landes Brandenburg ist es besonders wichtig, die weit verteilten Orte effektiv miteinander zu verbinden. Im Idealfall sollten Busse den ländlichen Raum stets mit dem nächstgrößeren Ort verbinden. Dazu ist es nötig, neue Buslinien zu schaffen und das bestehende Angebot auszuweiten. Insbesondere sollten PlusBusse und TaktBusse gefördert werden, um den Schienenverkehr zu ergänzen und so mehr Menschen Zugang zu Mobilität zu ermöglichen.

An Umsteigeknotenpunkten (z. B. Bahnhöfen) sollte die Anschlussbeziehung zwischen Bus und Bahn, aber auch zwischen Bussen gestärkt werden, wozu auch die Förderung von Kommunikationssystemen in den Fahrzeugen von Nöten ist. Diese sollten zur Kommunikation mit der Leitstelle und anderen Fahrzeugen genutzt werden, um so Anschlüsse zu sichern und diese flexibler zu gestalten. Auch längere Betriebszeiten im Abend-/Nachtverkehr sind im ländlichen Raum zu schaffen, damit z. B. Jugendliche flexibler zu Treffen oder Veranstaltungen kommen. Da dies einen gesellschaftlichen Mehrwert bietet, sollte die Wirtschaftlichkeit dieser Fahrten nicht an oberster Stelle stehen.

Eine Lösung dafür wäre die Einführung flächendeckender Rufbusangebote ohne feste Linienführung, wie etwa den DALLI in der Region Bad Saarow. Diese sollten 24/7 über eine App gerufen und zum ÖPNV-Tarif (ggf. minimaler Komfortzuschlag) genutzt werden können. Dadurch werden Ressourcen gespart, da die Fahrten individueller sind und Leerfahrten reduziert werden.

Insbesondere im Schülerverkehr sollte modernes, der Kapazitätsnachfrage entsprechendes Fahrzeugmaterial genutzt werden.

Außerdem sollten Plätze im Bus explizit für Frauen vorgehalten werden, um das Sicherheitsgefühl zu steigern. Auch die Einführung von SOS-Knöpfen sollte geprüft werden.

Sicherheit im Straßenverkehr

(Führerscheinklasse AM – 45 km/h)

Jugendliche ab 15 Jahren dürfen in Brandenburg mit der Führerscheinklasse AM Kleinkrafträder mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 45 km/h fahren. Im realen Straßenverkehr – insbesondere in 50-km/h-Zonen – entsteht dadurch ein erheblicher Geschwindigkeitsunterschied zu anderen Verkehrsteilnehmern.

Dies führt regelmäßig zu gefährlichen Überholmanövern, bei denen AM-Roller-Fahrer:

- mit zu geringem Seitenabstand überholt werden
- von Autos unter Druck gesetzt werden
- in unübersichtlichen Situationen überholt werden

Diese Situationen sind nicht nur unangenehm, sondern potenziell lebensgefährlich, insbesondere für junge Fahrerinnen und Fahrer mit noch geringer Fahrpraxis.

Wir fordern, dass das Land Brandenburg und die Abgeordneten sich auf Bundesebene für eine Anhebung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge der Führerscheinklasse AM auf 55 oder 59 km/h einsetzt.

Begründung und konkrete Vorteile

- Erhöhte Sicherheit durch geringere Geschwindigkeitsdifferenz
→ Weniger Anlass für riskante Überholmanöver
- Verbesselter Verkehrsfluss
→ AM-Fahrer „schwimmen“ besser im Verkehr mit
- Reduzierung von Stresssituationen für junge Fahrer
→ Mehr Kontrolle und Sicherheit im Straßenverkehr
- Realitätsnahe Anpassung an tatsächliche Verkehrsgeschwindigkeiten
→ In der Praxis wird oft ohnehin schneller gefahren als 45 km/h
- Direkter Schutz einer besonders vulnerablen Gruppe
→ Jugendliche ab 15 Jahren sind körperlich und fahrerisch besonders gefährdet

Praxisbeispiel

(persönliche Erfahrung eines Teilnehmenden)

„Ich habe mehrfach erlebt, wie ich mit einem AM-Roller in einer 50er-Zone sehr knapp und gefährlich überholt wurde – teilweise ohne ausreichenden Abstand. In solchen Momenten fühlt man sich als junger Fahrer komplett schutzlos.“

Die vorgeschlagene Anpassung ist bewusst unterhalb der Schwelle angesetzt, die eine Nutzung von Autobahnen ermöglichen würde.

Führerschein

Problemstellung

Der Zugang zur Mobilität über den Führerschein ist für Jugendliche aktuell mit erheblichen Hürden verbunden:

- Sehr hohe Kosten für den Führerschein (insbesondere für Familien eine Belastung)
- Extrem lange Wartezeiten bei Führerscheinstellen
- Verzögerungen bei der Bearbeitung von Prüfaufträgen

Dies führt dazu, dass Jugendliche wochen- oder monatelang nicht mobil sind, obwohl sie bereits bereit wären, am Straßenverkehr teilzunehmen.

Praxisbeispiel

„Ich habe über drei Monate auf meinen Prüfauftrag gewartet und dadurch eine komplette Motorradsaison verpasst.“

Wir fordern:

1. Verbesserung der personellen Ausstattung
 - Mehr Personal in Führerscheinstellen
 - Schnellere Bearbeitung von Anträgen und Prüfaufträgen
2. Finanzielle Stärkung der Behörden
 - Bessere finanzielle Ausstattung der Führerscheinstellen
 - Digitalisierung und effizientere Abläufe
3. Reduzierung der Kosten für Jugendliche
 - Ziel: Mobilität darf keine Frage des Geldes sein
 - Jugendliche wollen kostengünstig von A nach B, und zurückkommen; ggf. müssen die Kosten durch eine Subvention reduziert werden

Begründung und konkrete Vorteile

- Schnellerer Zugang zur Mobilität
→ wichtig für Schule, Ausbildung, Freizeit und soziale Teilhabe
- Entlastung von Familien
→ besonders im ländlichen Raum entscheidend
- Stärkung des ländlichen Raums
→ Jugendliche sind weniger abhängig von Eltern oder unzureichendem ÖPNV
- Effizientere Verwaltung
→ weniger Frust bei Bürgerinnen und Bürgern

Die Mobilität von Jugendlichen ist ein zentraler Faktor für:

- Selbstständigkeit
- Sicherheit
- gesellschaftliche Teilhabe

Sowohl die Sicherheitsprobleme bei AM-Rollern als auch die strukturellen Defizite im Führerscheinwesen erfordern konkrete und zeitnahe politische Maßnahmen.

Das Klima wartet nicht – wir müssen jetzt handeln

Gesetzliche Grundlage

Brandenburg strebt bis 2045 die Klimaneutralität an. Der Verkehrssektor ist für ca. 6 Millionen Tonnen CO₂ und seiner Äquivalente verantwortlich. Laut Mobilitätsstrategie 2030 ist dafür eine Steigerung des Anteils des Umweltverbundes (ÖPNV, Rad, Fuß) von 40% auf 60% bis 2030 nötig.

Forderungen

- subventioniertes Deutschlandticket für Schüler:innen aller Jahrgangsstufen / Schulformen + Bürger:innen mit einem geringen Einkommen um klimafreundliche Mobilität und damit die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen
- Flächendeckender Ausbau der Radwege
- Elektrifizierung der Schiene
- Ausbau der Elektromobilität ÖPNV (Elektroförderung) + Individualverkehr (Ladestationen)
- Stopp von Ausbau neuer Landesstraßen und Autobahnen und stattdessen Nutzung finanzieller Mittel für Ausbau von Klimafreundlichem Verkehr

Das Land setzt sich im Bundesrat für folgende Punkte ein:

- Abschaffung des Dienstwagenprivilegs
- Tempolimit von 120km/h auf allen Autobahnen

Brief-Kapitel 3

zum Thema: „Cooles Landleben – was braucht’s?“

Für uns Jugendliche ist vieles nicht cool auf dem Land: Wir haben keine Räume oder Zukunftsperspektive auf dem Land. Denn es gibt keine Treffpunkte und fehlt an Bars, Aufenthalts- sowie Gestaltungsräumen. Die jungen Menschen haben keine Orte und ziehen daher weg, sobald sie es können.

Was würde nachhaltig helfen, das Leben junger Menschen vielfältiger zu gestalten, die Lebens- und Bleibeperspektiven strukturell zu stärken?

1. Selbstverwaltete Jugendräume

Mittels offener Ortsräume, die für Feiern und Veranstaltungen genutzt werden, könnte man - ohne großen Kostenmehraufwand - Platz für Jugendliche schaffen. Für einen Filmeabend, eine kleine Party, einen Barabend, mobile Jugendarbeit, Workshops, Theaterprojekte oder andere Ideen. Entweder mit Sozialarbeiter:innen oder alleine.

Durch eine eigenständige Nutzung der Räume lernen die jungen Menschen Verantwortungsbewusstsein und fühlen sich gesehen. Vielleicht setzten sie eigenständige Ideen um und beteiligen sich – nicht nur zu ihren eigenen Gunsten, sondern zu Gunsten der ganzen Gemeinde. Um das strukturell zu verankern, könnte das Land Brandenburg kostenlose Empfehlungsscheiben oder Handreichungen mit Best Practice Beispielen an die Kommunen und Ortschaften geben, dass und wie diese Jugendlichen selbstverwaltete Räume zur Verfügung stellen können.

Gleichzeitig helfe es, sich auch landesweit mit den Kommunen auszutauschen. Dafür könnten Konferenztage oder Austauschworkshops stattfinden, in denen die Kommunen ihre Erfahrungen und Expertisen teilen. Durch solche Events oder Handreichungen vernetzt man sich, hilft sich gegenseitig und profitiert auch in

Zeiten des Sparens. So könnten lokale Tipps zu Jugendangeboten, Workshops oder Ausflügen ausgetauscht oder sogar gemeinsam geplant werden.

Von geplanten Aktivitäten können aber auch die anderen Generationen profitieren. Denn ein kulturell belebteres Dorf, mit kreativen und umsetzungsbereiten Jungen Menschen tut allen gut, schafft Gemeinschaft und stärkt die Verbindungen der Generationen untereinander sowie auch zwischen Alteingesessenen und neu Hinzugezogenen.

2. Stärkung psychischer Gesundheit sowie Prävention und Beratung zu Drogenmissbrauch

Fehlende Infrastruktur und Angebote in den Bereichen Freizeit, Treffpunkte, Kultur und Versorgung führt dazu, dass junge Menschen einsam und frustriert sind.

Hieraus resultierend verfallen sie dem Alkohol- und Drogenkonsum, was ihnen das Gefühl von Zugehörigkeit verschafft.

Gleichzeitig wird der Alkohol- und Drogenmissbrauch von gesellschaftlichen Normen und familiären Traditionen gefördert – besonders im ländlichen Raum. Obwohl dies ein weit verbreitetes Problem ist, sind im ländlichen Raum keine bis wenig Lösungsansätze dafür vorhanden – weder in der Prävention, noch in der Beratung oder der therapeutischen Behandlung.

In diesem Zusammenhang regen wir an, die Schulsozialarbeit und pädagogische Fachkräfte im ländlichen Raum für die Themen Sucht und psychische Gesundheit zu sensibilisieren und im fachlichen Umgang zu stärken.

Des weiteren fordern wir suchtpreventive Aufklärungskampagnen, zum Beispiel durch eine mobile Suchtberatung im ländlichen Raum. Dazu auch noch die Initiierung von professionell angeleiteten Selbsthilfegruppen, die auch für junge Menschen gut zugänglich sind. Wichtig wäre es auch, die Jugendlichen lokal über bereits bestehende digitale und somit überregional nutzbare Beratungsangebote

zu informieren - sodass sie hierüber aufgeklärt sind und diese Angebote annehmen bzw. nutzen können. Die Information könnte z. B. mittels Werbung an Schulen stattfinden - durch Sticker, Workshops und Materialien. Als eine besonders erfolgreiche Infostrategie schlagen wir das Aufkleben von Stickern in den Schultoiletten vor.

Nicht zuletzt wollen wir die Wichtigkeit der ambulanten Einzelfallhilfen für Jugendliche benennen. Diese müssen erhalten und ausgebaut werden. Auch müssen Kinder- und Jugendpsychiatrische Beratungsstellen gestärkt werden. Junge Menschen müssen auch über diese Hilfsangebote gezielt informiert werden!

3. Politische und soziokulturelle Mitbestimmung von Jugendlichen im ländlichen Raum

Vielen jungen Menschen fehlen auf dem Land die Möglichkeiten, bei Infrastruktur Freizeiträumen und sozialen Treffpunkten aktiv mitzubestimmen und ihre Träume und Wünsche einzubringen. Die Anlaufstellen sind für sie schwer zu erreichen und auch Bezugspersonen wie Ortsvorsteher scheitern oft an einer einvernehmlichen Visualisierung und Umsetzung des Vorhabens. Fehlende soziale Anlaufpunkte fördern das allgemeine Gefühl von Perspektivlosigkeit und Isolation und bieten wenig Bleibperspektive. Junge Generation dürfen sich nicht von älteren „Autoritätsgenerationen“ abschotten, wenn es um (kommunal-) politische Entscheidungen geht.

Jugendgremien können oft spezifischer auf die Forderungen Jugendlicher eingehen. Sie stellen die Verbindung zwischen Wünschen und Umsetzung und Finanzierung dar. Doch den jungen Beteiligten in den Jugendgremien fehlt es oft an Aufklärung über ihre Rechte. Wenn sie nicht wissen, dass sie zum Beispiel Freistellungen für ihre ehrenamtliche Arbeit einfordern dürfen, ziehen sie sich

zurück oder sind nicht in der Lage, ihre Positionen in der Kommunalpolitik zu vertreten.

Wir würden uns daher wünschen, dass es Aufklärungsworkshops oder -tage gibt, die über Jugendpolitik auf kommunaler Ebene, sowie über damit einhergehende Rechte und Einsatzbereiche informieren.

Besonders erfolgsversprechend finden wir die Idee eines Busses, der von Schule zur Schule fährt und aufklärt, da in der Vergangenheit wenig politische Aufklärung ausgehend vom Landtag in den einzelnen Dörfern und Gremien ankam - und wir sichergehen wollen, dass wirklich alle Schüler*innen über ihre politischen Bestimmungsrechte Bescheid wissen. Die Form eines Busses bietet sich außerdem an, weil eine Schulexterne junge Personen oft mehr Überzeugungskraft und Interesse auf die Schüler*innen ausüben können, als die eigenen alteingesessenen Lehrer*innen.

Außerdem fordern wir Anlaufstellen für Pläne von jungen Menschen, die leichter zu erreichen (das heißt: weniger autoritär, umgänglicher, leichter zu finden) sind und die Hemmschwelle, sowie den Aufwand der Jugendlichen reduzieren. Nicht jeder junge Mensch hat den Mut oder die Möglichkeit für seine Wünsche zum (Ober-) Bürgermeister zu gehen.

Auch der familiäre Hintergrund und die verschiedenen Grundvoraussetzungen der Einzelperson führt zu einer Ungleichheit in der politischen Beteiligung. Deswegen finden wir dass kommunalpolitische Themen mehr in den Politik (PB) Unterricht eingebunden und der PB Unterricht, sowie andere Werte bildende Fächer, viel stärker gefördert werden müssen um familiäre Ungleichheiten auszugleichen und jedem Kind eine gute Chancen in der Mitbestimmung zu garantieren.

Dazu fordern wir ebenfalls eine Beseitigung bzw. Reduzierung finanzieller und bürokratischer Hürden im Prozess der Umsetzung. Viele eigentlich umsetzbaren Projekten sind in der Vergangenheit leider an der Verwaltung gescheitert.

4. Stärkung der Dorfgemeinschaften und Diversität

Das Problem ist:

-
- Aufspaltung des Dorfes zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen
 - Spaltung der Generationen
 - Antrainierte und etablierte Xenophobie
 - Alle bleiben unter sich (in ihrer Bubble)

Als Problemlösung schlagen wir vor:

- Programme die Menschen zusammenbringen
- Aufklärungs- und Kulturveranstaltungen
- Mehr gemeinnützige gesellschaftliche Projekte, auch in Zusammenarbeit mit den Vereinen
- Stärkung des Zusammenlebens in der Dorfgemeinschaft, durch Förderprogramme für Vereine in kleinen Dörfern
- Dörfer brauchen bessere Verkehrsanbindungen, damit sie attraktiver werden

5. Politische Bildung und Demokratie im ländlichen Raum stärken

Das Problem ist:

- Junge Menschen sind gesellschaftlich und politisch unterrepräsentiert
- Die gesellschaftliche Spaltung bedroht die Demokratie

Als Problemlösung schlagen wir vor:

- Kinder schon im Kita-Alter mit anderen Kulturen und Hautfarben konfrontieren
- Mehr politische Infoveranstaltungen und Workshops
- Mehr Demokratiebildung über die Unterschiede zwischen den Parteien (in den Schulen)
- Jugendgremien müssen stärker unterstützt werden
- Überall soll es Jugendgremien und Möglichkeiten zur Beteiligung geben
- Der Politikunterricht sollte in der Sekundarstufe II verpflichtend sein

Brief-Kapitel 4

zum Thema: „Baust du noch mit Lego oder hast du schon Internet“

In unserem Alltag sind wir immer gleichzeitig physisch und digital unterwegs. Nur weil wir jung sind, werden wir nicht mit digitalen Kompetenzen geboren. Die Geräte und Plattformen sind so gebaut, dass wir sie intuitiv benutzen, aber swipen und scrollen sind noch lange keine kritische oder bewusste Nutzung der Geräte und der Möglichkeiten.

Deshalb brauchen wir konsequenten Zugang zu digitaler Infrastruktur und Ausstattung sowie einen kontinuierlichen und gleichberechtigten Zugang zu kritischer Medienbildung und digitaler Bildung, in der wir die notwendigen Kompetenzen erlernen und üben, um unsere digitale Umwelt aktiv mitzugestalten.

Um im bestehenden System klarzukommen, müssen wir lernen, flexibel und anpassungsfähig zu sein. Wir brauchen Stressresistenz und die Fähigkeit, selbst zu entscheiden, was wir im Digitalen tun.

Aber was wir auch brauchen, sind Möglichkeiten, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie Alternativen zu den bestehenden digitalen Räumen und Plattformen aussehen können. Welche, in denen wir uns wirklich wohlfühlen können und sicher sind.

1. Digitale Infrastruktur & Ausstattung

Wir fordern einen stärkeren digitalen Ausbau an Schulen wo drauf geachtet, dass jeder Schüler und jede Schülerin, die gleichen Chancen hat. Dies kann man verwirklichen indem man Leihgeräte für Einkommensschwache Familien bereitstellt.

Desweiteren muss der Ausbau des WLAN-Netzes in Dörfern ausgebaut werden, damit jeder die Chance hat Zuhause zu lernen und zu arbeiten. Eine Digitale Schulbibliothek hätte den Vorteil, dass jeder Schüler schnell Zugriff auf sämtliche Lehrmaterialien hat.

In der KI-Strategie des Landes Brandenburg wird bereits von Inklusion und Chancengleichheit gesprochen und im Digitalpakt 2 gibt es die Möglichkeit, Geräte anzuschaffen und bereit zu stellen. Aber es ist uns wirklich wichtig, dass gerade finanziell schwächere Familien leichten Zugang haben und nicht ausgeschlossen werden. Das muss auch gut umgesetzt und kontrolliert werden.

Logisch ist, dass wir alle gleich guten Zugang zu schnellem Internet im ganzen Land brauchen. Dass ist ja auch das erklärte Ziel, aber in der Realität gibt es immer noch große Unterschiede. Das muss schnell verändert werden, sonst werden viele Menschen abgehängt. Außerdem brauchen wir flächendeckend Zugang zu offenem W-LAN, denn es kann nicht sein, dass digitale Beteiligung mit dem Ende des monatlichen Datenvolumens vorbei ist. In der Realität gibt es an vielen Schulen zwar Internet für die Lehrkräfte, aber nicht offen für die Schüler*innen.

2. KI-Bildung und Medienkompetenz

Künstliche Intelligenz verändert Schule, Arbeit und Alltag. Jugendliche nutzen KI-Tools längst, oft ohne zu wissen, wer hinter diesen Systemen steckt, welche Interessen sie verfolgen und wie sie funktionieren. Das muss sich ändern.

Wir fordern, dass kritische Medienbildung verbindlich im Rahmenlehrplan verankert wird – mit klaren Umsetzungsvorgaben und Kontrollmechanismen. Es kann nicht sein, dass Digitale- und Medienbildung abhängig sind von der motivation einzelner Lehrkräfte und Ihrer Führungskraft. Dabei braucht es eine altersgerechte Staffelung: Bereits in der Grundschule, spätestens ab Klasse 5, müssen Kinder lernen, echte von gefälschten Inhalten zu unterscheiden. Ab Klasse 9 soll dann der kompetente und reflektierte Umgang mit KI-Tools im Vordergrund stehen – als Werkzeug zur Unterstützung des eigenen Denkens, nicht als Ersatz dafür.

Damit das gelingt, braucht es verpflichtende Fortbildungen für alle Lehrkräfte – nicht nur für diejenigen, die ohnehin offen für digitale Themen sind. Gleichzeitig sollen Schulen niedrigschwellig auf externe Expert*innen und Workshopangebote zurückgreifen können, damit nicht allein Lehrkräfte diese komplexe Aufgabe schultern müssen.

Darüber hinaus fordern wir Transparenz als Bildungsziel: Schüler*innen sollen verstehen, dass hinter jedem KI-System konkrete wirtschaftliche und politische Interessen stehen. Wer eine KI nutzt, muss wissen, wessen Interessen sie bedient – das ist keine technische, sondern eine zutiefst politische Frage. Dabei ist es uns wichtig zu betonen, dass digitale Bildung nicht in Konkurrenz zu anderen Grundkompetenzen wie z.B. Lesen, Rechnen, Schreiben steht, sondern dass es selbst zu einer Grundkompetenz wird.

Als Jugendliche fordern wir, kontinuierlich an Strategieprozessen des Landes beteiligt zu werden, z.B. der Weiterentwicklung der KI-Strategie. Ebenso fordern wir einen regelmäßigen Dialog und ein Reporting zum Stand der Umsetzung der Vorhaben. Wir wünschen uns eine altersgerechte Kommunikation dazu, die auch auf unseren Kanälen stattfindet.

3. Soziale Medien/ KI-Kennzeichnungspflicht

Es ist wichtig, sich heutzutage mit verschiedenen digitalen Themen auseinanderzusetzen und sich ständig weiterzuentwickeln – das beginnt bereits in jungen Jahren.

Wir fordern deswegen, dass bereits in Grundschulen Workshops zu Themen wie Fake News und Desinformation in sozialen Medien angeboten werden. Diese müssen regelmäßig stattfinden und aufeinander aufbauen sowie altersgerecht und praktisch gestaltet sein.

Auf diese Weise können wir Risiken und Chancen der sozialen Medien ausgewogener kommunizieren und den Umgang damit schulen (Medienkompetenz). Damit können wir Herausforderungen wie Cybermobbing, Onlineradikalisierung oder digitale Gewalt besser vorbeugen.

Genauso fordern wir von der Landespolitik, dass sie sich an den geeigneten Stellen für eine deutlich sichtbare Kennzeichnung von KI-generierter Musik und Kunst einsetzt. Uns geht es darum, den klaren Unterschied zwischen KI-generierter Musik und Kunst klarzustellen.

Ebenso wünschen wir uns eine Kennzeichnung von KI-generierten politischen Inhalten (Wahlwerbung, Deepfakes). Essenziell ist es, die bereits bestehenden

Kennzeichnungspflichten besser und effektiver umzusetzen und zu kontrollieren. Folglich brauchen wir transparente und niedrigschwellige Melde- und Aufklärungsstrukturen zu den europäischen Digitalverordnungen (Digital Service Act und KI-Verordnung).

4. Generationenübergreifende Bildung & Eltern

Digitalisierung betrifft uns alle – auch die ältere Generation. Nicht nur junge Menschen müssen einen kritischen Umgang mit digitalen Medien erlernen, sondern auch ihre Großeltern. Deswegen braucht es auch für diese Altersgruppen einfach zugängliche Angebote zum Weiterbilden.

Außerdem glauben wir, dass wir viel voneinander und gemeinsam lernen können. Deshalb halten wir generationenübergreifende Projekte zu Künstlicher Intelligenz und digitalen Medien für eine gute Idee, um durch gegenseitigen Austausch neue Kompetenzen zu gewinnen. Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern könnten sich in spielerisch-praktischen Workshops zusammen weiterbilden und sich mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen gegenseitig bereichern.

Brief-Kapitel 5

zum Thema: „Meckern kann jeder – Veränderungen gestalten“

Um unsere Forderungen zu diesem Thema zu realisieren, haben wir uns als junge Menschen dazu entschlossen, unsere Forderungen zu untergliedern, da wir Demokratie als ein komplexes Thema verstehen und dort großen Handlungsbedarf sehen.

5.1 Allgemeine Grundsätze:

Wir wünschen und fordern mehr Wertschätzung und Unterstützung für politisch engagierte junge Menschen. Zudem wollen wir mehr Schutz für Ehrenamtliche, durch unter anderem einen Leitfaden zum besseren Umgang bei verbaler und körperlicher Gewalt bzw. Androhung auf kommunaler Ebene, um mit diesen besser umgehen zu können. Ergänzend hierzu wünschen wir uns passende Anlaufstellen für betroffene engagierte Menschen auf kommunaler Ebene.

Als einen weiteren zentralen Punkt, liegt uns der Respekt im Diskurs miteinander am Herzen und das man *uns politisch ernst nimmt*.

5.2 Jugendbeteiligung:

Wir wünschen uns, dass die Einbeziehung der Jugend bei Entscheidungen sichergestellt wird, genauer fordern wir eine konsequente Umsetzung des Gesetzes zur Jugendbeteiligung. Des Weiteren fordern wir eine Änderung des kommunal Rechtes, welches es Jugendlichen ermöglicht, mit 16 Jahren auch in Parlamente gewählt zu werden und/oder das Nachrutschen auf Listenplätzen gewährleistet.

Wir sind der Überzeugung, dass es wichtig ist, demokratische Elemente zu etablieren und die Umsetzung zu gewährleisten, insbesondere an Schulen, zum Beispiel durch mehr Mitbestimmung und bessere Einbeziehung der Schüler*innen. Wir wünschen uns, dass für junge engagierte Menschen Vernetzungsmöglichkeiten geschaffen, unterstützt und gefördert werden. Sodass der Austausch auch über

Kreis- und Landesgrenzen hinaus möglich ist. Eine weitere Stärkung der Jugendbeiräte in Brandenburg sowie ein Jugendbeirat auf Landesebene halten wir für erstrebenswert.

Ein weiterer Wunsch besteht darin, leichtere und mehr Zugänge für Jugendliche zu schaffen, um die Partizipation von Jugendlichen zu steigern und Politik für jeden zugänglich zu machen. Unabhängig von Faktoren wie Alter, Geschlecht, Herkunft, Bildung, sozialer Hintergrund, Religion, Möglichkeiten, Sexualität, etc..

5.3 Marginalisierte Gruppen:

Wir fordern mehr Schutz von Flinta*s und vorherigen genannten Personengruppen, insbesondere auch in ihrer Teilhabe in unserer demokratischen Gesellschaft. Dafür ist es in unseren Augen unabdingbar, marginalisierte Gruppen mit in den Diskurs zu holen, anstatt über sie und ohne sie zu reden.

Wir wünschen uns außerdem mehr und überhaupt Präventionsprogramme und Workshops an Schulen, um die Gleichberechtigung aller Menschen zu erreichen.

Wir sind der Überzeugung, dass es wichtig ist, Opfer von Gewalt oder Ähnlichem aus der Verantwortung zu nehmen und den Fokus auf die Täterprävention zu legen.

5.4 Extremismus Prävention:

Um unsere demokratische Gesellschaft zu erhalten, fordern wir klare Diskussionsgrundlagen, um einen respektvollen Diskurs vorauszusetzen, indem Menschenrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht zur Debatte stehen.

Wir wünschen uns besonders im ländlichen Raum mehr demokratische Begegnungsräume, um so den demokratischen Austausch miteinander zu stärken und Extremismus zu vermeiden. Hier ist unser Wunsch, dass dies nicht nur analog sondern auch digital geschieht und bereits Vorhandenes gezielt gefördert wird.

Für uns hat es höchste Priorität, dass Rechtsextremismus sowohl in Parlamenten als auch im Alltag entschlossen entgegengetreten wird.

Brief-Kapitel 6

zum Thema: „Schule der Zukunft – was sich ändern muss“

Wir haben uns mit dem Thema „Schule der Zukunft - Was sich ändern muss“ befasst und haben im Austausch mit den Abgeordneten bereits erfahren, dass die Grundlagen für ein projektorientiertes und freies Lernen schon geschaffen wurden. Wir fordern dazu nun die Organisation von Fortbildungen für Lehrkräfte, bei denen Möglichkeiten zur Umsetzung dieses Unterrichtsmodells vermittelt werden. Wir fordern eine Bewertung, die sich mehr auf fächerübergreifende Kompetenzen, wie zum Beispiel Sozialverhalten oder Medienkompetenz, fokussiert.

Zudem bedeutet für die Schule der Zukunft:

- weg von strengen Noten, sondern mehr subjektorientierte/individuelle Bewertung, die die Stärken jedes einzelnen hervorheben

Wir fordern:

- Keine Hausaufgaben
- keine unangekündigten Tests
- Förderung von Schwächen und Stärken
- Notenreform
- Wert des Schülers nicht an den Noten entscheiden
- Schwerpunkt der Bewertung selbst auswählen

Die Beteiligung von SuS in der Bildungspolitik soll niedrigschwellig auf kommunaler Ebene sowie Kreis- und Landesebene ermöglicht werden. Hierbei ist uns Jugendlichen insbesondere wichtig, dass langfristig eine digitale Beteiligung über das Internet möglich ist, dabei sollen alle SuS eine E-Mailadresse über die Schule erhalten und Schülervertretungen eine öffentlich-einsichtbare E-Mail haben. Mit dieser E-Mail sollten SuS die Möglichkeit bekommen, an digitalen Umfragen oder Ideengebungsprozessen der Bildungspolitik über Beteiligungsplattformen teilzuhaben. Darüber hinaus sollen der Landesschülerrat sowie die Kreisschülerräte jeweils auch digitale Möglichkeiten zur Teilhabe haben. Schülervertretung gleicher Trägerschaft soll nahegelegt werden, sich zu verbinden.

Um die Leistung und Spezialisierung der SuS zu fördern, sollen die Leistungs- und Begabungsklassen im Land Brandenburg gleichmäßig über die Landkreise und Regionen verteilt sein. Längerfristig sollte das Kurswahlssystem vertieft werden, sodass SuS ihre Begabungen und persönlichen Fähigkeiten vertiefen und fordern können.

Zusätzlich zum Zeugnis sollen Lehrer kurze Texte schreiben, die die Stärken von SuS zeigen, die nicht in Noten widerspiegelt werden

Minderheitsmeinung: Teile von uns fordern ein Bildungssystem, das sich von der klassischen Leistungsbewertung löst und den Schüler als Individuum in seinem Lernprozess begleitet, indem es seine Stärken gezielt fördert und sichtbar macht. Dies soll im Rahmen eines ganzheitlichen, systemischen Ansatzes geschehen, der den traditionellen Klassenverband aufbricht und stattdessen projektorientiertes, selbstbestimmtes Lernen in den Mittelpunkt stellt.

fehlender Realitätsbezug:

Gelernte Inhalte sind oft nicht greifbar. Man weiß häufig nicht, wofür es notwendig ist und wofür man es im Alltag braucht, deshalb sollen Unterrichtsinhalte so vermittelt werden, dass ein klarer Nutzen erkennbar wird. Dadurch wird verhindert, dass Wissen nur für Tests gelernt wird und danach nicht im Gedächtnis bleibt bzw. nicht für das Leben genutzt werden kann.

Künstliche Intelligenz (KI):

KI beeinflusst unsere Zukunft, jedoch wird nicht in der Schule vermittelt, wie relevant sie heutzutage schon in der Gesellschaft und Arbeitswelt ist. Wir fordern mehr Aufklärung und Sensibilisierung in den Schulen, dafür müssen mehr Weiterbildungen für Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden, damit das Wissen an SuS weitergegeben werden kann. Der Umgang mit KI ab SEK I

Wichtige Themen bspw.:

Allgemeine Aufklärung ab der Grundschule, KI im Arbeitsmarkt, ihre Rolle im Alltag sowie die Nutzung von KI (sinnvoller Umgang mit KI), KI ist schlecht für die Umwelt

Defizit in der Kompetenzvermittlung:

Das Schulsystem vermittelt viel praxisfernes Wissen. Dadurch geraten wichtige Kompetenzen wie Medienkompetenz, soziale Kompetenzen, persönliche Fähigkeiten und Kommunikationsfähigkeit in den Hintergrund.

Die Kompetenzvermittlung sollte eine größere Rolle im Schulalltag spielen, da sie für die persönliche Weiterentwicklung wichtig ist. Diese Kompetenzen werden auch im Berufsleben häufig vorausgesetzt.

Praxis ist essenziell. Deshalb sollte mehr Fokus auf berufs- und studienvorbereitende Fächer gelegt werden. Diese Themen sollten nicht nur oberflächlich behandelt, sondern praxisnah umgesetzt werden, damit sie für den Alltag und das spätere Leben relevant bleiben.

- mehr Zusammenarbeit mit Unternehmen